№ 190. Abendblatt.
Donnerstag, 24. April.

Die „Volks-Zeitung" erscheint täglich zwei Mal — Morgens und Abends — mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Chef-Redakteur: Karl Vollrath in Berlin.
Redaktion und Haupt-Expedition: W. Lützowstraße 105.
Annahmestellen für Abonnements u. Inserate: W. Kronenstraße 46, O. Gr. Frankfurter Str. 87, SO. Kottbuser Str. 1, S. Kommandantenstr. 58, N. Chausseestr. 67, C. Neue Schönhauserstr. 4.
Druck und Verlag: „Gutenberg", Druckerei und Verlag, Act.-Ges. Berlin W., Lützowstraße 105.

Volks-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Gratis-Beilage: „Gutenberg's Illustrirtes Sonntagsblatt."

Berlin.
1902. — 50. Jahrgang.

Abonnementspreis für Berlin:
Vierteljährlich zwei Mal täglich zugestellt 4,50 M.
nur Morgens „ 4,— „
Monatlich zwei Mal täglich „ 1,50 „
„ nur Morgens „ 1,35 „
Wöchentlich 35 Pfennig.
Beim Geldbriefträger aus der Expedition: Quartal 3,25 M., Monat 1,10 M., Woche 30 Pf.
Einzelne Nummer: 10 Pfennig.
Bei allen Deutschen Postanstalten: pro Quartal 4,50 M., monatlich 1,50 M.

Insertionsgebühr:
Für die gewöhnliche Zeile 40 Pfennig.

Eine klerikale Ordnungsstütze.

Man schreibt uns aus **Rom**: Das Schwurgericht am Appellhof von Rom verurtheilte den flüchtigen Führer der Klerikalen, Notar Bacchetti, wegen Unterschlagung von Wittwen- und Waisengeldern, Beraubung mildthätiger Stiftungen, Fälschung und Betrugs im Amte zu dreißig Jahren Zuchthaus. Die gerichtlich festgestellte Summe der Veruntreuungen beträgt 319 000 Lire. — Die den Klöstern, Kardinälen und päpstlichen Kreisen gestohlenen Beträge in riesenhafter Höhe konnten nicht ermittelt werden, weil die Klerikalen ihren Vorkämpfer nicht fallen ließen. Die letzte Spur Bacchettis, von der Kriminalpolizei mit absoluter Sicherheit festgestellt, führt in ein Kloster auf dem Adventinischen Hügel. Von dort ist der in vieles eingewehte Dieb gleich dem Papst Eugen IV. Condulmer, welchen die erbosten Römer am 4. Juni 1434 wie einen tollen Hund todtschlagen wollten, insgeheim in einer Barke tiberabwärts nach Ostia und ins Ausland geschafft worden.

Die Institute und Personen, denen der wackere Mann die Hunderttausende gestohlen, werden ja diese Summe leicht verschmerzen, theils, weil sie sehr reich sind, theils, weil die frommen Gläubigen, bei denen mit erhöhtem Eifer gesammelt werden wird, durch vergrößerte Spenden den Schaden sehr bald ausgleichen werden. Aber trotzdem hätte man den gutgesinnten Dieb nicht dem Arme der irdischen Gerechtigkeit entziehen sollen. Indessen, was thun die Frommen nicht alles, wenn es gilt, einen der Ihrigen dem profanen Staate zu unterschlagen! Das Sprichwort: Eine Krähe hackt der andern die Augen nicht aus, steht bei ihnen in hohem Ansehen!

Offenbar weiß der flüchtige Bacchetti mit den Auslieferungsverhältnissen in anderen Ländern so gut Bescheid, wie jener deutsche Priester, der nach zahlreichen Sittlichkeitsverbrechen gegen unmündige Kinder sich bei einem ultramontanen Rechtskandidaten Raths erholte, wie es etwa die Schweiz mit der Auslieferung derartiger Verbrecher halte.

Aus bewegter Zeit. Ein politischer Brief des „Dr. Langerhans" aus dem Jahre 1862 wurde von dem Stadtv. Rosenow in der gestrigen öffentlichen Versammlung, welche der „Bezirksverein des Köpenicker Stadtviertels" bei Keller, Köpenickerstraße 96/97, veranstaltet hatte, mitgetheilt. Das an einen alten Freund in Posen gerichtete Schreiben aus der Hochfluth der Konfliktsperiode lautet:

„Sehr geehrter Herr! Beifolgend die Fortsetzung der stenographischen Berichte und einige kleine, lesenswerthe Schriftchen. Sie warten gewiß alle Tage auf irgend etwas entscheidendes, auf irgend einen Schritt, den die Regierung thun müßte, um dem Lande seinen Frieden wiederzugeben, um Recht und Gesetz wiederherzustellen. Ja, wir warten mit Ihnen. Kann man aber, ach, allzuviel hoffen, wenn einem Mann wie Herrn v. Bismarck die Leitung anvertraut ist, wenn ein Bodelschwingh Finanzminister, ein Selchow Oberpräsident wird? Und hoch hofft man noch, wir verlangen doch nur unser Recht; und der König kann am Ende die beschworene Verfassung nicht verletzen lassen durch seine Minister.

Man hat davon offen gesprochen, daß das Herrenhaus das Budget für 1862 verwerfen soll, aber man scheint vergessen zu haben, daß dann die Mitglieder des Herrenhauses Steuerverweigerer sein würden. Ich glaube, man wird uns ruhig durch Schluß der Session entlassen; dann wird man die Presse verfolgen, die Beamten bedrohen, die nicht thun nach dem Willen der Minister, und durch alle erdenklichen Mittel auf das Volk einwirken, wird uns zu provoziren suchen, wenn wir wieder einberufen sind, unsere ruhige Haltung zu verlassen und uns zu unüberlegten Schritten zu treiben suchen, dann wird man uns kleine materielle Zugeständnisse machen und, falls wir noch nicht „ja" sagen können, noch einmal wählen lassen. Vielleicht kommt es anders, vielleicht erkennt unser König die historische Entwickelung unseres Vaterlandes und sieht ein, daß die Junkerherrschaft immer mit einer Niederlage des ganzen Volkes und der Hohenzollern endete, und daß die Hohenzollern nur durch die Bürger (im Gegensatz zu den Junkern) zu größterer Macht und Ansehen gekommen sind. Vielleicht!? aber ich fürchte, das Volk muß noch einmal seinen Willen deutlich aussprechen. Dafür muß jeder von uns sorgen, daß er dies dann auch nach der Wahrheit und unbeirrt um die augenblicklichen lästigen Folgen thun muß, dann muß dem Recht der Sieg werden.

Mich Ihnen allen bestens empfehlend bleibe ich stets in treuer Hingebung

Ihr Dr. Langerhans.
4. 10. 62.

P. S. Nach Samter habe ich direkt einige Berichte hingeschickt.

Stadtv. Rosenow fügte der Verlesung hinzu, daß der vor 40 Jahren geschriebene Brief auch auf die heutigen Verhältnisse passe, wie er auch ein Zeichen dafür sei, daß Dr. Langerhans seinen Grundsätzen treu geblieben sei. Dr. Langerhans, der gegen Schluß der Verlesung den Saal betrat und mit lebhaften Beifall begrüßt wurde, erklärte, daß er den in dem Briefe ausgesprochenen Grundsätzen bis zu seinem Tode treu bleiben werde. Auf Orden und Ehrenzeichen, die auch ihm angeboten worden sind, habe er verzichtet, seine Orden und Ehrenzeichen seien die Zustimmung seiner Mitbürger, was er gethan, habe er für diese gethan und nicht für Entgelt.

Uebrigens hat Langerhans damals mit seinem Schreiben Recht behalten. Das Volk blieb Sieger gegen Bismarck; die wiederholten Wahlen gaben trotz der Bedrückungen der Presse durch die Preßordonnanzen ꝛc. der Opposition jedesmal Recht, bis nach dem Kriege 1866 die Regierung von der Volksvertretung Indemnität nachsuchte, die ihr unter dem Eindrucke der Geschehnisse auf dem böhmischen Kriegsschauplatze denn auch von dem am 3. Juli gewählten Abgeordnetenhause großmüthig gewährt wurde.

Aus dem Militär-Etat. 1 Generalleutnant, 12 Generalmajors, 15 Obersten und 5 Oberstleutnants, darunter 3 Regimentskommandeure, sind inaktiv geworden. Der Generalleutnant, welcher in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs zur Disposition gestellt wurde, ist der Kommandant von Danzig v. Heydebreck, die Generalmajore sind folgende: v. Beck, Kommandeur der 28. Feldartillerie-Brig., Rodenbeck, Kommandeur der 80. Infanterie-Brig., v. Weither, Kommandeur der 85. Infanterie-Brig., Graf von der Asseburg, Kommandeur der 1. Garde-Kav.-Brig., Geest, Kommandeur der 62. Inf.-Brig., von Doemming, Kommandeur der 77. Inf.-Brig., Rahtz, Kommandeur der 74. Inf.-Brig., von Rodde, Kommandeur der 15. Kav.-Brig., von Mühlberg, Kommandeur der 4. Kav.-Brig., Bennin, Kommandeur der 31. Feldart.-Brig., von Daum, Kommandant von Darmstadt, von Schubka, à. l. s. der Armee und Brigadier der Gend.-Brig. in Elsaß-Lothringen. Die ersten fünf Generalmajors haben bei ihrer Stellung zur Disposition den Charakter als Generalleutnant erhalten.

Die freigewordenen Stellen sind sofort wieder besetzt worden, 3 Generalmajors, Frhr. v. König, beauftragt mit Wahrnehmung der Geschäfte des Inspekteurs der 4. Kav.-Insp., v. Kleist, Generalmajor, beauftragt mit Wahrnehmung der Geschäfte des Inspekteurs der 1. Kav.-Insp. und Siemens, beauftragt mit der Führung der 10. Division, wurden unter Ernennung zu Inspekteuren der betreffenden Inspektion resp. unter Ernennung zum Kommandeur dieser Division, — zu Generalleutnants befördert. Zum Kommandanten von Danzig wurde Generalmajor v. Horn, Kommandeur der 70. Infanterie-Brigade, zum Kommandanten von Darmstadt Generalmajor v. Lyncker ernannt. 23 Obersten wurden zu Generalmajors befördert.

Ein neues Siegesfest. Der Feldmarschall Graf Waldersee wird am Sonnabend in München vom Prinz-Regenten Luitpold empfangen werden. Am Sonntag findet eine Hofjagd zu Ehren des Marschalls statt, und am Montag wird der Regent mit seinem Gaste im Armeemuseum die chinesischen Trophäen in Augenschein nehmen. Hierbei werden sämmtliche bayerische Offiziere anwesend sein, die an der China-Expedition theilgenommen haben.

Man wird dabei auf eine neue China-Rede des Grafen Waldersee hoffen dürfen.

Das höhere Schulwesen im Abgeordnetenhause. In der Aprilsitzung des Berliner Gymnasiallehrervereins berichtete Oberl. G. Koch über die diesjährigen Verhandlungen des Abgeordnetenhauses, soweit sie das höhere Schulwesen betrafen. Der Vortragende führte die Meinungen verschiedener Abgeordneten an, daß durch den Nachtragsetat, der die Herabsetzung der Erreichung des Höchstgehalts auf 21 Jahre enthält, eine gewisse Beruhigung der Oberlehrer eintreten würde, obwohl, wie der Abg. Göbel hervorhob, die Wünsche der Oberlehrer nach Gleichstellung mit den Richtern damit noch keineswegs erfüllt seien. Die Verquickung der Besserung der Gehaltsverhältnisse mit der Erhöhung des Schulgeldes wurde von verschiedenen Abgeordneten als „bittere Pille" bezeichnet, die für die Schulmänner höchst peinlich sei, dagegen meinte der Geh. Rath Germar, daß eben nur, weil die allgemeinen Staatsfinanzen zur Durchführung der Besoldungsverbesserung nicht hätten in Anspruch genommen zu werden brauchen, die Besserung möglich gewesen sei. Der Abg. Göbel, der mit besonderem Eifer die Interessen der Oberlehrer wahrgenommen hat, erwähnte auch die noch immer bestehenden Ungleichheiten in der Verleihung der festen Zulage, sowie die außerordentlich große Verschiedenheit in den Anstellungs- und Gehaltsverhältnissen der doch gleichmäßig vorgebildeten Oberlehrer, wie sie bei keiner anderen Beamtenklasse bestehe. Es ist ferner von Seiten einiger Abgeordneten bemängelt worden, daß man nach einer Erklärung der Regierung in Zukunft die Oberlehrerstellen an den staatlichen höheren Mädchenschulen nur mit akademisch gebildeten Lehrkräften besetzen wolle, worauf der Kultusminister erwiderte, daß ein „grundsätzlicher" Ausschluß der seminarisch gebildeten Lehrer von den betr. Oberlehrerstellen nicht beabsichtigt sei. Was sonstige Organisationsfragen betrifft, so wurde von einer Seite die Errichtung eines besonderen Unterrichtsministeriums gewünscht, von anderer wurde über die Begünstigung der klassischen Philologen bei Besetzung der Direktoren und Schulrathsstellen geklagt. Die inzwischen durchgeführte Gleichberechtigung der verschiedenen Arten von Anstalten wurde allerseits mit Freude begrüßt, von einer Seite auch für die Theologen gewünscht. Auch die neue Ordnung der Reifeprüfungen fand Beifall, ebenso die neuen Lehrpläne. Doch wurde darauf hingewiesen, daß zu erfolgreicher Arbeit die Beseitigung der Ueberfüllung der Klassen und die Theilung der „Elephantenanstalten", die aus lauter Doppelklassen bestehen und bis an 1000 Schüler haben, erforderlich sei. — In der Besprechung über diesen Bericht wurde die Herabsetzung der Altersgrenze für die Erreichung des Höchstgehaltes von 24 auf 21 Jahre und die damit verbundene Erhöhung der Zulagen auf den unteren Stufen als eine erhebliche Verbesserung der Gehaltsverhältnisse anerkannt, zugleich aber im vollen Einklange mit der Auffassung des Abgeordneten Göbel betont, daß der höhere Lehrerstand, so geringe Aussicht auch die gegenwärtige Finanzlage auf Gleichstellung mit den Richtern im Höchstgehalte bietet, doch für die Zukunft auf Erfüllung seines wohlbegründeten Verlangens nach einer solchen Gleichstellung nicht verzichten könne. Es wurde ferner bedauert, daß durch die Auslegung, welche die Regierung einer die höheren Mädchenschule betreffenden Bemerkung zum Etatsentwurf gegeben habe, die Hoffnung auf durchgehende Besetzung der Oberlehrerstellen an diesen Schulen mit akademisch gebildeten Lehrern nicht in Erfüllung gegangen sei. Schließlich wird der Vorsitzende, Professor Lortzing, darauf hin, daß die Anfrage des Abgeordneten Dittrich, ob die Parallelerhebung über die Alters- und Sterblichkeitsverhältnisse der Richter demnächst zu erwarten wäre, keine Beantwortung vom Regierungstische aus gefunden habe, und daß anscheinend keine Aussicht sei auf Erfüllung der im Landtage seit Jahren nach dieser Richtung hin geäußerten Wünsche. Es müsse dies umsomehr bedauert werden, als damit die vom Kultusminister veranlaßten Untersuchungen über die Alters- und Sterblichkeitsverhältnisse der Direktoren und Oberlehrer in Ermangelung sicherer Unterlagen zur Vergleichung mit den Verhältnissen anderer höherer Beamtenklassen ein Torso blieben.

Krügers Antwort. Der preußische Lehrerverein hat durch die beiden Vorsitzenden des geschäftsführenden Ausschusses dem Oberverwaltungsgerichtspräsidenten Dr. Krügler anläßlich seines Ausscheidens aus dem Kultusministerium am 19. d. Mts. eine Dankadresse überreicht. Dr. Krügler entgegnete, an deren Text anknüpfend, etwa folgendes:

Die Zeit, welche er im Dienste der preußischen Volksschule habe wirken dürfen, sei unbedingt die schwerste, aber auch die schönste seines Lebens gewesen. Wenn es ihm nicht gelungen sei, seine Ideale nach jeder Seite hin voll zu erreichen, so habe dies nicht an ihm und seinem guten Willen, sondern an bekannten widrigen Verhältnissen gelegen. („Die Kulturaufgaben leiden nicht!" Außerdem: Klerikalismus und Junkertum als Feind der Volksbildung. Red.) Es sei ihm eine Herzensfreude gewesen, daß er sich getragen gewußt habe von dem Vertrauen der preußischen Lehrerschaft. Der Lehrerstand sei ihm lieb und werth geworden, und gern bezeuge er ihm, daß er an Treue hinter keinem Stande zurückbleibe. Die neuen Lehrpläne und Prüfungsordnungen, deren plötzliches Erscheinen der Lehrerschaft wohl überrascheud gekommen, seien dennoch nicht ein Werk der jüngsten Zeit, sondern schon langer Hand vorbereitet. Er habe das Bedürfniß einer erhöhten Bildung des Lehrerstandes schon lange erkannt und erstrebt. Er erkenne es hoch an, daß in der Lehrerschaft eine so große Zahl von Männern sich gefunden, die aus eigener Kraft ein gediegenes Wissen sich erworben. So durfte es aber nicht weiter gehen. Der Staat hatte die Pflicht, das Wissen der Gesammtheit auf eine breitere Basis zu stellen. Er verkenne ja nicht die widrigen Verhältnisse, die darin zu suchen seien, daß die Seminare sich in kleinen Orten befänden, welche die Gelegenheit zur Weiterbildung vermissen lassen. (Dies ist stets auf Betreiben der Klerikalen und Junker geschehen.) Auch die Staatsverwaltung habe dies eingesehen und werde für Neugründungen größere Städte ins Auge fassen. Der Beruf des Lehrerbildners sei ein schwerer, aber doch auch ein schöner, und die sich ihm widmen wollen, mögen bedenken, daß ihnen bei Bewährung weitere Aussichten in den Stellen als Seminar-Oberlehrer, Kreisschulinspektor, Seminardirektor und Regierungsrath (?) offen stehen (zwiefel dem?). Die Staatsregierung nehme die Kräfte dorther, wo sie sie finde, und wenn ihr jüngst der Vorwurf gemacht wurde, daß in den Seminaroberlehrerstellen die seminaristisch gebildeten Kräfte nicht in dem richtigen Verhältniß vertreten seien, so sei das ungerechtfertigt; man möge bedenken, daß dieses Vorgehen eine Errungenschaft der neueren Zeit sei und daß Neubesetzungen nur bei Vakanzen eintreten können. Er bedauere es in gleichem Maße lebhaft, daß Rektoren großer Schulkörper, namentlich aus größeren Städten, sich der Regierung nicht in genügender Zahl als Kreisschulinspektoren zur Verfügung stellen.

Ueber die Vermehrung der geistlichen Schulinspektoren unter dem System Bosse hat sich Herr Krügler leider nicht ausgesprochen. Oder fällt sie unter die allgemeine Rubrik der „bekannten widrigen Verhältnisse"?

Königin Wilhelmina hat die Krisis überstanden. Aus dem Haag wird heute telegraphirt: „Nachdem der gestrige Tag ohne jeden Zwischenfall verlaufen, sind die Aerzte der Ansicht, daß, wenn keine neuen Komplikationen eintreten, die Königin außer Lebensgefahr ist."

Wieder ein Fiasko. „Daily Expreß", also ein Blatt, das jeder Sympathie für die Buren unverdächtig ist, meldet aus Pretoria:

„Der große Streifzug Bruce Hamilton's ist ohne den geringsten Erfolg verlaufen. Acht Kolonnen und fünf Panzerzüge nahmen daran Theil, ohne daß auch nur ein Gefangener gemacht worden wäre!"

Und kürzlich noch prahlte man mit dem vollständigen Erfolge der Razzia, damals natürlich, als man die bedingungslose Unterwerfung der Burem von London aus als eine Frage weniger Tage erklärte. In London ist man unbelehrbar; jetzt läßt man sich wieder einmal aus Amsterdam melden, Krüger habe einem Zeitungsberichterstatter erklärt, daß der Friede spätestens Ende Mai abgeschlossen werde. Wie soll Krüger einen Termin bestimmen können?

Doch noch ein Panama-Kanal? In Washington unterzeichneten gestern der Staatssekretär der Auswärtigen Angelegenheiten und der kolumbische Gesandte den Vertrag, welcher sämmtliche der kolumbischen Regierung von der Panama-Gesellschaft verliehenen Rechte auf die Vereinigten Staaten überträgt. Die Vereinigten Staaten erhalten dadurch das Oberhoheitsrecht über eine Gebietsstrecke, welche sich sechs Meilen breit nach jeder Seite des Panamakanals ausdehnt, sowie die Ueberwachungsrechte der Häfen von Colon und Panama. Die Londoner Blätter legen dem Vertrag einen großen Werth bei. Sie glauben darin den Beweis zu sehen, daß die Unionsregierung doch noch die Panamaroute wählen werde.

— **Der Kaiser** ist gestern Abend 11 Uhr in **Primkenau** eingetroffen und vom Herzog Ernst Günther am Bahnhofe empfangen worden. Heute früh 3 Uhr hat sich der Kaiser zur Birkhahnbalz in das Jagdrevier Adelaidenau begeben. Um 8½ Uhr kehrte er von der Jagd zurück.

— Der Reichskanzler Graf **von Bülow** hat sich, begleitet vom Wirklichen Geh. Ober-Regierungsrath Conrad, nach **Karlsruhe** begeben.

— Der Korvettenkapitän **Lans** wurde nach einer Privatmeldung aus Kiel zum Stabe der Uebungsflotte als Admiralitätsoffizier kommandirt. Er übernimmt damit sein erstes Bordkommando nach seiner Verwundung, die er als Kommandant des „Iltis" erhielt.

— Auf der Werft der Aktiengesellschaft Weser lief gestern Nachmittag 4½ Uhr der **kleine Kreuzer H** glücklich vom Stapel. Die „Taufrede" hielt Prinz Friedrich Karl von Hessen; die „Taufe" vollzog im Auftrage des Kaisers die Prinzessin Friedrich Karl von Hessen. Der Kreuzer erhielt den Namen Arcona.

Melbourne, 23. April. In einem Bericht an die Regierung, in dem die Frage der Landesvertheidigung behandelt wird, sagt der Kommandirende der australischen Truppen, General Hutton, die Garnisontruppen bezifferten sich auf 15 470 Mann und die Feldtruppen auf 14 101 Mann, er schlage vor, diese auf eine Stärke von 28 748 Mann zu bringen; er bemerke, daß, wenn auch eine Expedition von einer feindlichen Flotte im Osten oder in Europa aus ihren Zweck nicht erreichen könne, ehe die britische Flotte besiegt sei, es trotzdem von Bedeutung sei, sich gegen Ueberfälle zu schützen, die unternommen werden könnten, um Entschädigungssummen zu erpressen, den Handel zu zerstören oder sich Kohlen zu verschaffen.

Parlamentarische Nachrichten.

, **Die Branntweinsteuerkommission des Reichstags** trat gestern Abend in die zweite Lesung des Entwurfs ein. Zunächst wird über einen Antrag der Abgg. Müller-Fulda und Speck (Ztr.) verhandelt, im Artikel II § 2a (Regelmäßiges Verfahren) zu bestimmen, daß bei Brennereien, die in einem oder mehreren der fünf Jahre das Kontingent überhaupt nicht oder nicht vollständig herstellen, für diese Jahre gleichwohl die volle Kontingentsmenge als hergestellt angenommen wird, wenn wenigstens in einem (bisherigen Kommissionsbeschluß: in zweien; bestehendes Gesetz: in dreien) der fünf Jahre das Kontingent vollständig hergestellt worden ist. Dieser Antrag wird angenommen. — Abg. Speck (Zentr.) beantragt, im § 2 Absatz 3 bis 7 des Gesetzes anstatt: „b) Kontingentsminderung" zu setzen: „b) Kontingentsänderung" und im Interesse der kleinen Hefebrenner nach b) Ziffer 2 einzuschieben: „3. wenn eine vor dem 1. Oktober 1887 nur Hefe erzeugende kontingentirte Brennerei im Laufe der der Kontingentirung vorhergehenden 5 Jahre dauernd und vollständig zur Getreidebrennerei ohne Hefenerzeugung übergegangen ist, so wird die bei der Neukontingentirung in Rechnung zu stellende Alkoholmenge um drei Achtel erhöht. Eine Erhöhung des Kontingents findet in diesem Falle aber nur bis auf höchstens 50 000 Liter statt." Ferner soll unter e (Renveranlagung zum Kontingent) als dritter Absatz eingeschoben werden: „Auf die unter Ziffer 3 bezeichneten, zur Getreidebrennerei ohne Hefenerzeugung